

Die EZB muss eine Schippe zulegen

VON ANTJE HÖNING

Der Preisanstieg ist gewaltig. In NRW liegt die Inflation bei 8,1 Prozent. Wenn bald Tankrabatt und andere Hilfen wegfallen, steuert Deutschland auf eine zweistellige Inflationsrate zu. Um es klar zu sagen: Die Europäische Zentralbank (EZB) ist nicht der Verursacher der Inflation. Ursache sind der russische Krieg und die resultierende Energiekrise, sind die Lieferengpässe und zuletzt auch die durch Trockenheit verursachten Lieferprobleme der Binnenschifffahrt. Die Inflation ist die Rechnung für Kosten, die vorher keiner tragen wollte – die Kosten für die riskante Abhängigkeit von billigem russischen Gas, die Kosten für die Abhängigkeit von billigen chinesischen Vorprodukten und die Kosten der Klimakrise. Was sich die EZB allerdings vorwerfen lassen muss: Sie hat die Inflation lange unterschätzt und zu spät reagiert. Im Juli steuerte EZB-Chefin Christine Lagarde um. Auf der Zinssitzung nächste Woche muss sie eine Schippe zulegen, ohne die Finanzmärkte in Panik zu versetzen: Eine weitere Zinserhöhung um mindestens einen halben Prozentpunkt muss es schon sein. Nur so kann Lagarde zeigen, dass die EZB den Kampf ernst nimmt und die Inflationserwartungen brechen will. Zugleich muss die Französin beweisen, dass die EZB unabhängig und sie keine politische Präsidentin ist: Eine Wirtschaftskrise in Italien darf kein Grund sein, die nächsten Zinsschritte zu verstopfen.

Aber auch Bundeswirtschaftsminister Habeck darf jetzt keine neuen Fehler machen: Dass er bereits über einen Preisdeckel auf Gas nachdenkt, ist beunruhigend. Preisdeckel senden nicht nur falsche Signale und wiegen Firmen wie Verbraucher in trügerischer Sicherheit, sodass sie nicht mehr genug Energie sparen. Preisdeckel stauen die Inflation auch nur auf. Wenn der Staat die Preise wieder freigibt, wird es umso schmerzlicher. Nichts ist umsonst im Leben, das gilt nirgendwo mehr als im Kampf gegen die Inflation.

Scholz muss liefern – und das schnell

VON KERSTIN MÜNSTERMANN

Ob Olaf Scholz seinen eigenen Worten so richtig Glauben schenkt? Oder sprach vielmehr nur die Hoffnung aus ihm? Der Kanzler erklärte vor der Kabinettsklausur auf dem Schloss Meseberg in Brandenburg, dass das Kabinett zum richtigen Zeitpunkt „eng und untergehakt“ zum Wohle des Landes arbeiten werde. Nun, der Zeitpunkt ist nicht nur richtig, sondern überfällig. Und von „eng und untergehakt“ konnte im Vorfeld der Klausur nun wirklich keine Rede sein.

Ausgerechnet Scholz' eigene Partei, die SPD, trieb den Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck massiv vor sich her in den letzten Tagen. Die Äußerungen des SPD-Vorsitzenden Lars Klingbeil gegen Habeck waren harter Tobak. Die Kritik an der Gasumlage des Wirtschaftsministeriums verband die SPD mit persönlicher Kritik am grünen Minister. Die Opposition konnte sich getrost zurücklehnen.

Scholz muss nun zwingend den Taktstock übernehmen. Das von ihm angekündigte Entlastungspaket zur Abfederung der gestiegenen Energiepreise muss kommen – und zwar schnell. Der Kanzler kann sich die Vielstimmigkeit, gepaart mit persönlichen Animositäten in der Koalition, nicht mehr bieten lassen. Der Regierungschef muss die unterschiedlichen Vorschläge der Parteien, Fraktionen und Ministerien seiner Ampel-Regierung geschickt zusammenbinden.

Und er muss zwingend die beiden führenden Minister der Krise versöhnen. Christian Lindner, FDP-Chef und Bundesfinanzminister, und Habeck müssen am Ende überzeugend an einem Strang ziehen.

Sonst wird eine mögliche Einigung sofort wieder von allen Seiten zerredet und spielt am Ende nur denen in die Hände, die die aufgeladene politische Situation für ihre Zwecke nutzen wollen – den politischen Rändern. Da reichen Gruppenfotos vor malerischer Kulisse bei Weitem nicht aus.



ANNÄHERUNG

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE AfD und Linke forcieren einen „heißen Herbst“ mit Straßenprotesten gegen die Energiepolitik der Bundesregierung. Das Mobilisierungspotenzial für die politischen Ränder ist groß, aber wie realistisch sind Unruhen?

Monate der Wut

VON JULIA RATHCKE

Der Sommer ist noch nicht vorbei, durch die warmen Temperaturen schieben die Menschen derzeit die Sorgen vor der nächsten Heizkostenabrechnung in weite Ferne, die Stimmung im Land ist derzeit vielerorts noch entspannt. Doch mit den ersten kühlen Tagen könnte das Klima schneller umschlagen und es behutsam mit dem Satz versucht „You'll never walk alone“: Allein diese Drohkulisse eines Winters mit explodierenden Kosten und Corona-Zahlen bietet genug gesellschaftlichen Zündstoff. Dass AfD und Linke darin ihre Chance sehen, liegt auf der Hand. Es sind natürlich originär ihre Themen, allerdings mit anderen Schwerpunkten: Die Linken stemmen sich vor allem gegen die Belastung der Schwächsten, fordern einen Gaspreisdeckel, ein gesetzliches Verbot von Abschaltungen und eine Übergewinnsteuer. Die AfD dagegen setzt sich für ihre eher nationalistische Wählerklientel bis tief in die Mitte der Gesellschaft ein; fordert die Rückkehr zur Kernkraft und deutliche Teuersenkungen. „Ein ‚Weiter so‘ in einer ideologisch verbrämten Energiewende und unendlich expansive Geldpolitik darf es nicht geben“, so Martin Vincentz, Landes- und Fraktionschef der AfD in NRW wörtlich.

„Dann sind die Rechten und die Linken zusammen auf der Straße“

Reiner Haseloff (CDU)
Ministerpräsident Sachsen-Anhalts

Denn das Potenzial, das in dieser Gemengelage steckt, wollen auch die politischen Ränder für sich nutzen: Einen „heißen Herbst“ kündigen Rechte und Linke bereits an und rufen jeweils zu Protesten auf: Vom „heißen Herbst gegen soziale Kälte“ etwa spricht Martin Schirdewan, Parteichef der Linken, in dem der Unmut gegen „unsoziale Politik“ auf die Straße gebracht werden soll. Startpunkt ist der 5. September, für den die Linkspartei in Leipzig zur ersten Montagsdemonstration aufruft. „Heißer Herbst gegen kalte Füße“ heißt die AfD-Kampagne, die Parteichef Tino Chrupalla jüngst vorgestellt hat. „Unser Land zuerst“, lautet das Motto, unter dem die AfD die Wut der Bürger gegen hohe Gas- und Strompreise versammeln will; Auftakt soll eine Großkundgebung am 8. Oktober in Berlin sein.

Das Potenzial zur Mobilisierung der Massen jedenfalls ist da, das Timing der Aufrufe gezielt gewählt: In diesen Tagen läuft nicht nur das Neun-Euro-Ticket

aus, das zumindest für einige Monate für eine gewisse sozial gerechte Mobilität gesorgt hat. Auch der Tankrabatt endet, die Spritpreise sind schon jetzt deutlich angezogen. Hinzu kommen tägliche Hiobsbotschaften der Energieversorger, die ihre Preise um teils das Zehnfache anheben, außerdem der Ärger über die Gasumlage zulasten der Bevölkerung. Und auch wenn Kanzler Olaf Scholz Entlastungspakete schnürt und es behutsam mit dem Satz versucht „You'll never walk alone“: Allein diese Drohkulisse eines Winters mit explodierenden Kosten und Corona-Zahlen bietet genug gesellschaftlichen Zündstoff.

Damit könnten beide Parteien einen Nerv treffen, auch wenn sich das nicht zwingend auf ihre Umfragewerte auswirken muss. Die Mischung derer, die sich zum Thema Migration oder Corona auf den Straßen Luft machen, war schon eher diffus, so könnte es auch bei Energieprotesten sein: Von einer politisch nicht einfach einzuschätzenden Gemengelage etwa spricht Konflikt- und Gewaltforscherin Beate Küpper, Professorin an der Hochschule Niederrhein. „Es sind vor allem Menschen,

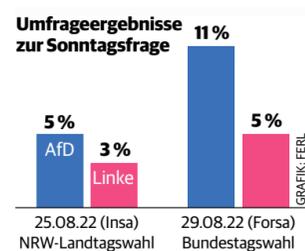
INFO

So kämpfen Linke und AfD um ihre Wählerschaft

Bundesebene Während die AfD mit 80 Abgeordneten im Bundestag vertreten ist und sich trotz interner Zerrissenheit bei zehn bis 13 Prozent in Umfragen stabil hält, sieht es für die Linke schlechter aus. An der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert, konnte die Partei lediglich über den Zweitstimmenanteil 38 Sitze erzielen.

Länderebene Ähnlich ist es in den Bundesländern: Die AfD ist bis auf Schleswig-Holstein in allen Parlamenten vertreten, die Linke nur noch in neun Landtagen – in NRW scheiterte die Partei im Mai zuletzt deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde.

NRW-Pläne Beide Parteien planen Energieproteste in Nordrhein-Westfalen. An diesem Mittwoch startet die Düsseldorf-Linke eine Aktion vor der FDP-Zentrale. An jedem 15. im Monat sollen verschiedene Aktionen folgen. Die AfD setzt ab Anfang September auf Infostände auf Marktplätzen statt auf Großkundgebungen. Man wolle bei den Bürgern sein, hieß es auf Anfrage, die Aktionen etwa in Dorsten, Leverkusen oder Düsseldorf sollen unter dem Motto „Fraktion vor Ort“ mit je einem oder mehreren Abgeordneten stattfinden.



die sich selbst in der politischen Mitte verorten.“ Anfällig für die Mobilisierung von Rechts und Links sei die große Gruppe der Rentnerinnen und Rentner, „die Lust am Widerstand aber zieht sich im Grunde durch alle Schichten und Altersklassen“, so Küpper. Für die Sozialpsychologin, die seit zwei Jahrzehnten politische Bewegungen beobachtet, die den Staat infrage stellen, begünstigen zwei Faktoren einen heißen Herbst: Zum einen konzentrierte sich die Politik, aber auch die öffentliche Debatte derzeit zu sehr auf die Sorgen und Ängste, das Gefühl der Hilflosigkeit und des Kontrollverlustes angesichts der Energiekrise. „Dabei gibt es einen nicht kleinen Teil der Gesellschaft, der sich selbst gut aufgestellt und finanziell in der Lage sieht, den Gürtel enger zu schnallen. Das sollte man auch einmal hervorheben“, fordert Küpper. Zum zweiten zeige die Forschung, dass dieses Gefühl der kollektiven Benachteiligung immer wieder zur Legitimierung von Wut, Gewalt und Systemfeindlichkeit benutzt werde.

Es wird ein Leichtes sein – für Parteien wie andere Bewegungen – eine neue Welle der Empörung losrollen zu lassen. Denn sie können anknüpfen an Strukturen, die in den vergangenen Jahren seit 2015 online wie offline aufgebaut wurden: ob Demonstrationen gegen Flüchtlinge, Pegida-Märsche an Montagen oder zuletzt die Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen. Die jeweils aktuellen Inhalte werden verquickt mit grundpopulistischen Überzeugungen eines „Systems“ oder „Regimes“, das ein moralisch reines Volk betrügt. Und das sich wehren muss.

Das Narrativ und selbst die Kampfbegriffe von Links, Rechts und Rechtsextrem werden sich auch im Zuge der Energiekrise eher wenig unterscheiden. „Dann sind die Rechten und die Linken zusammen auf der Straße, zum gleichen Thema“, befürchtet Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff bereits. Das Grundrecht auf Demokratie gilt für jeden – allerdings lohnt ein Blick, wer auf die Straßen ruft.

WISSENSDRANG

Eine freie Gesellschaft gründet auf Offenheit und Toleranz. Dass dazu auch das mürrische Ertragen schwer verdaulicher Meinungsäußerungen gehört, ist heute nicht mehr selbstverständlich. Einige Juristen setzen gerade den Beck-Verlag unter Druck. Der Grund: Hans-Georg Maaßen. Er soll einem Mit-Autor am Kommentar zum Grundgesetz kündigen: dem ehemaligen Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen. Begründung: Er löse „Störgefühle“ aus. Bemängelt wird nicht die wissenschaftliche Qualität der Beiträge. Sondern was Maaßen auf Twitter treibt: dass er mit Corona-Leugnern sympathisiert. Dass er die Rettung von Flüchtlingen aus Seenot als „Shuttle-service“ verspottet, bizarre Verschwö-

Störgefühle als falscher Maßstab

Juristen setzen den Beck-Verlag unter Druck. Der Grund: Hans-Georg Maaßen.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

rungstheorien verbreitet und so weiter. Ich kann die Störgefühle mit Blick auf Maaßens Post zu Wirtschaftsminister Robert Habeck gut nachvollziehen. Der Tweet von ihm lautete wörtlich: „Nein, der Ukraine-Krieg ist SEIN Krieg. Ich friere nicht für seinen Krieg! Wenn es kein Gas gibt, ist ER als zuständiger Minister persönlich für alle Auswirkungen haftbar. Auch strafrechtlich. Wenn Menschen in Deutschland durch einen Mangel an Gas zu Schaden kommen, ist er derjenige, der dafür persönlich geradestehen wird.“ Das Gruselige daran ist nicht die Unterstützung, die er Putin gegenüber suggeriert – auch für Maaßen gilt das Recht auf Meinungsfreiheit. Aber hier missbraucht er seine Autorität als Jurist, um Menschen in die Irre zu führen. Er weiß genau, dass seine Behauptung juristisch unhaltbar

ist. Das erinnert an Trumps „Sperrt sie ein!“-Kampagne gegen Hillary Clinton. Und dennoch: Wer in einer offenen Gesellschaft leben möchte, muss auch dergleichen ertragen können – trotz Störgefühlen. Ein kompetenter Wissenschaftler kann eine ressentimentgeladene Nervensäge sein. Ein Linksradikaler oder Rechtspopulist. Für die Frage, ob jemand weiterhin einen Rechtskommentar verfassen darf, sollte nur die wissenschaftliche Qualität des Kommentars zählen. Nicht charakterliche Reinheit und Wohlverhalten. Kritik muss sich auf fachliche Mängel beziehen.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.